

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 79

Telefax 032 627 22 69

pd@sk.so.ch

www.parlament.so.ch

I 256/2004 (DDI)

Interpellation Fraktion SP: Situation im Kanton Solothurn zwei Jahre nach Inkrafttreten der Anstossfinanzierung des Bundes (15.12.2004)

Seit Februar 2003 ist das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung in Kraft. Das Ziel der Anstossfinanzierung, genügend familienergänzende Betreuungsplätze in der Schweiz zu schaffen, wird nach den neusten Meldungen nicht erreicht. Viele Projekte können wegen fehlender finanzieller Unterstützung von Kantonen, Gemeinden und der Wirtschaft nicht realisiert werden oder sind bereits in der Anstossphase mangels Unterstützung gefährdet.

Auch im Kanton Solothurn können die Bundesgelder nicht wie geplant abgeholt werden. Auf kantonalen Ebene fehlt es an Grundlagen, um die Finanzierung dieser gesellschaftlich wie auch wirtschaftlich notwendigen und wertvollen Institutionen zu sichern und damit die Anstossfinanzierung auszulösen. Doch nicht nur neu entstandene Kindertagesstätten ringen um ihr Fortbestehen. So sind der Öffentlichkeit drei Institutionen bekannt, deren Zukunft mangels oder wegen gefährdeter Unterstützung ungewiss ist. Zudem konnte, trotz der Entstehung neuer Betriebe, nur eine neue Lehrstelle im ganzen Kanton geschaffen werden, weil die durch den Kanton festgelegten Rahmenbedingungen nicht den Anforderungen eines Lehrbetriebes genügen.

Die SP Fraktion ist über die bestehende Situation beunruhigt und sieht Handlungsbedarf. Aus diesem Grund bittet sie den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Mit wie vielen neuen familienergänzenden Betreuungsplätzen hat der Regierungsrat im Zuge der Anstossfinanzierung gerechnet, und wie weit konnte das Angebot in den letzten zwei Jahren in unserem Kanton tatsächlich erweitert werden?
2. Wie viele der neuen Betriebe werden in den nächsten sechs Jahren wirklich – wie durch das Bundesgesetz vorgeschrieben – finanziell gesichert sein und dadurch auch fortbestehen können?
3. Ist dem Regierungsrat die schwierige Situation der teilweise neu entstandenen, sowie von schon vorher bestandenen Institutionen bekannt und was unternimmt er dagegen?
4. Ist der Regierungsrat über die fehlenden Lehrstellen und den Mangel an qualifiziertem Personal im Bereich Kinderkrippen orientiert und welche Massnahmen gedenkt er diesbezüglich einzuleiten?
5. Was ist die jetzige Meinung des Regierungsrats zu einer gesetzlichen Regelung der familienergänzenden Betreuungsangebote um dieses in quantitativer wie auch qualitativer Hinsicht zu sichern?

Begründung (15.12.2004): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Barbara Banga, 2. Silvia Petiti, 3. Christina Tardo, Andreas Bühlmann, Erna Wenger, Daniel Bloch, Hans-Jörg Staub, Rosmarie Eichenberger, Lonni Hess, Andrea Meier, Reiner Bernath, Caroline Wernli Amoser, Clemens Ackermann, Peter Gomm, Heinz Bolliger, Adrian Würzler, Lilo Reinhart, Urs Wirth, Walter Schürch, Georg Hasenfratz, Jean-Pierre Summ, Fatma

Tekol, Regula Zaugg, Marianne Kläy, Stefan Hug, Magdalena Schmitter Koch, Urs W. Flück,
Ruedi Heutschi. (28)